



Mütter sollten mehr ausser Haus arbeiten, Väter weniger.

Der regulierte Vater

Eine linke Volksinitiative fordert einen mindestens vierwöchigen Vaterschaftsurlaub. Bundesparlamentarier der Mitteparteien lancieren laufend ähnliche Vorstösse. Bezahlen sollen natürlich die anderen.

Von Philipp Gut und Rüdiger Trebels (Illustration)

Der Boulevard drückt voll auf die Tränendrüsen: «Nationalrat hat kein Herz für junge Politiker-Eltern», klagte der *Blick* letzte Woche. Die grosse Kammer hatte zuvor einen Vorstoss von Cédric Wermuth abgelehnt, im Bundeshaus eine Kinderkrippe einzurichten. Die Motive des SP-Politikers waren offenbar ziemlich egoistisch: «Weil er immer wieder Probleme hatte, während der Session die Betreuung für seine Tochter zu organisieren», habe der junge Vater die Idee mit der Bundeshaus-Krippe aufgebracht, wusste der *Blick*.

Für einen Linkspolitiker ist es das natürliche Vorgehen: private Angelegenheiten auf den Staat zu überwälzen und die anderen dafür be-

zahlen zu lassen. Zwar fiel Wermuth im Nationalrat deutlich durch, doch staatliche «Familienpolitik» solcher Art hat Konjunktur. Vor wenigen Tagen wurde die eidgenössische Volksinitiative «Vaterschaftsurlaub jetzt!» («Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie») eingereicht. Die Federführung hat die Gewerkschaft Travailsuisse. Mit von der Partie ist ein bunter Haufen von Organisationen und Parteien, vom Dachverband Schweizer Männer- und Väterorganisationen, Männer.ch, über die CVP-nahe Pro Familia, den Schweizerischen Katholischen Frauenbund, die Evangelische Volkspartei und den Lehrerverband bis zu den Polizeibeamten.

Sie alle unterstützen das Anliegen von «mindestens vier Wochen» Vaterschaftsurlaub, wie es im Initiativtext heisst. Dieser könne flexibel innerhalb eines Jahres nach der Geburt des Kindes bezogen werden. Die Finanzierung solle «analog zur Mutterschaftsentschädigung» erfolgen. Im Klartext: Die Kosten trüge die Allgemeinheit.

Kuriose Blüten

Der Ruf nach Vaterschaftsurlaub oder «Elternzeit» ist unter Bundesparlamentariern bis in die bürgerliche Mitte hinein beliebt. Von 1995 bis 2014 gab es dazu 33 Vorstösse. So forderte der als künftiger CVP-Bundesratskandidat

gehandelte Bündner Nationalrat Martin Candinas einen zweiwöchigen bezahlten Vaterschaftsurlaub. Etwas liberaler und zumindest gegenüber dem Status quo kostenneutral ist der Vorschlag des Ausserrhoder Freisinnigen Andrea Caroni. Er wollte, dass «ein Teil» der vierzehn Wochen «statt durch die Mutter auch durch den Vater bezogen werden kann». Angenommen wurde keiner der Vorstösse.

Die Befürworter eines staatlich verordneten und von der Allgemeinheit bezahlten Vaterschaftsurlaubs lassen allerdings nicht locker. Seither sind mehrere weitere Begehren mit ähnlicher Stossrichtung eingereicht worden. Die grünliberale Kathrin Bertschy möchte die Mutterschaftsentschädigung durch eine «Vaterschaftsentschädigung» von «maximal 14 Wochen» ergänzen. Der Anspruch auf letztere würde «nur bei einer beidseitigen Erwerbstätigkeit der Eltern» gewährt. Bertschy begründet dies so: «Eine Mutterschaftsentschädigung ist in der Praxis einerseits zu kurz, um ein Kind anschliessend familienextern zu betreuen, andererseits ist das einseitig, weil Vätern die Möglichkeit verwehrt wird, sich früh und aktiv in die Kinderbetreuung einzubringen.» Über die Finanzierung verliert sie nur wenige Worte: «Entweder über Lohnabgaben oder Steuern.»

Die politische Offensive für einen Vaterschaftsurlaub treibt bisweilen kuriose Blüten. Letzte Woche lehnte die Grosse Kammer eine Motion der ehemaligen grünen Nationalrätin Aline Trede ab, die den Bundesrat beauftragen wollte, «eine kommentierte Umfrage zur aktuellen Situation bezüglich des Vaterschaftsurlaubs in der Schweiz durchzuführen». Seit wann ist die Regierung ein Umfrageinstitut?

Entlastet wurde der Bundesrat in der laufenden Sommersession ausserdem von einem von Barbara Schmid-Federer (CVP) vorgebrachten Postulat, eine umfassende «Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen, die die langfristigen volkswirtschaftlichen Auswirkungen der wichtigsten zurzeit in Diskussion stehenden Modelle für einen Elternurlaub (resp. einen Vaterschaftsurlaub) mittels geeigneten Verfahrens (z. B. Delphi-Studie oder Simulation) und unter Einbezug internationaler Erkenntnisse (Island, Schweden, Deutschland usw.) abschätzt».

Erst vor knapp vier Jahren hatte der Bundesrat einen umfangreichen Bericht («Vaterschaftsurlaub und Elternurlaub») präsentiert, der eine Auslegeordnung vornahm und nicht weniger als acht unterschiedliche Modelle vor-

legte. Dies in Erfüllung eines Postulats von Anita Fetz (SP).

Die Ständerätin aus Basel-Stadt befindet sich im Grossmutteralter und bleibt damit eher die Ausnahme. Oft kommen einschlägige Vorstösse von jungen Müttern oder Vätern, die sich wie Cédric Wermuth fordernd an die Allgemeinheit wenden und ihren Zusatzurlaub oder die externe Betreuung ihrer Kinder fremdfinanzieren lassen wollen.

Nationalfonds macht Politik

Unterstützung erhält das Anliegen vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung im Rahmen des Nationalen Forschungsschwerpunkts «Lives. Überwindung der Verletzbarkeit im Verlauf des Lebens». Dieser verschlang seit 2010 über 80 Millionen Franken und wird auch vom EU-Projekt Garcia («Gendering the Academy and Research: combating Career Instability and Asymmetries») mit Millionen gesponsert. «Aus Sicht der Wissenschaft», schreibt die Nationalfondsforscherin Isabel Valarino, «reduzieren Elternurlaube geschlechtsspezifische Ungleichheiten unter der Voraussetzung, dass sie gut bezahlt sind, von beiden Elternteilen in Anspruch genommen und von der Allgemeinheit finanziert werden.»

Für den Nationalfonds, eine der renommiertesten Forschungsförderungsinstitutionen des Landes, «muss» es sich um ein «individuelles, unübertragbares Recht für alle Väter» handeln, das «adäquat vergütet» und «kollektiv finanziert» wird. Die meisten der bisher der Bundesversammlung unterbreiteten Vorschläge erfüllten diese Kriterien nicht, so Valarino. Und weiter: «Die eidgenössische Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie», die vier Wochen bezahlten Vaterschaftsurlaub vorschlägt, ist dem Gleichheitsbestreben sehr zuträglich.» Die Gewerkschaftssekretäre könnten es nicht besser formulieren.

Für die Wissenschaftlerin ist der Vaterschaftsurlaub nur eines von vielen Mitteln eines umfassenden Social Engineerings, das «Normen» verändern und das Verhalten der Leute staatlich lenken will. Es geht nicht etwa in erster Linie darum, dass die jungen Väter nach der Geburt in einer ausserordentlichen Lebenssituation da sind und sich um das Wohl von Mutter und Kind kümmern. Der «Elternurlaub» setze vielmehr «die Grundlage für eine egalitäre Auf-



Geschenk mit Zwangscharakter: Politiker Wermuth.

teilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Vätern und Müttern». Mit anderen Worten: Mütter sollten mehr ausser Haus arbeiten, Väter weniger. Dieses Ziel steht letztlich hinter allen diesen Bemühungen.

Vorbild sind skandinavische Länder wie Island oder Schweden, wo die regulierte Vaterschaft längst Realität ist. Im Sozialmusterland Schweden beträgt die bezahlte Elternzeit volle 480 Tage, sprich: vier Arbeitsjahre. Es ist ein Geschenk mit Zwangscharakter: Je drei Monate müssen die Mütter und Väter beziehen, die übrige Zeit dürfen sie sich frei aufteilen. Ähnlich ist es auf Island: Auch dort müssen beide Elternteile zuerst je drei Monate beziehen, weitere drei Monate stehen wahlweise der Mutter oder dem Vater zu.

Von solch exzessiven und milliardenteuren Regelungen ist die Schweiz (noch) weit entfernt. Aber schon bei dem von den Initianten angepeilten vierwöchigen Vaterschaftsurlaub stellt sich die Frage, warum die Nachbarin oder der Nachbar meine private Lebensgestaltung mitbezahlen soll. Niemand ist daran gehindert, ein paar Wochen freizunehmen, wenn er dies möchte – sofern das eigene Kind ihm so wichtig ist wie Rimini oder Mallorca. Auch können Arbeitgeber nach Belieben Vaterschaftsurlaube gewähren. Der Staat hat im Kinderzimmer nichts verloren. ○



Forscherin Valarino.

«Elternurlaube reduzieren geschlechtsspezifische Ungleichheiten unter der Voraussetzung, dass sie gut bezahlt sind.»